

REGELUNGEN FÜR FACHKRÄFTE AUS DEM AUSLAND

Verbessert, aber immer noch zu kompliziert

Deutschland hat im Vergleich der OECD-Länder die niedrigsten Beschränkungen für "beschäftigungsorientierte Zuwanderung". Doch kaum jemand außerhalb der Europäischen Union nutzt diese Offenheit. Der Forschungsbereich der OECD stellte sich daher die Frage, ob die deutsche Migrationspolitik einen funktionierenden Rahmen schafft, um dem Fachkräftemangel auf Dauer zu begegnen. Die größte Herausforderung: Das komplexe System.

F Empfehlen

Tweet

+1

Im Jahr 2020 werden rund 40 Prozent weniger Menschen in den Arbeitsmarkt eintreten, als in Rente gehen. Seit Jahren weisen Experten und Forscher auf den bereits spürbaren und steigenden Fachkräftemangel hin. Wohl deswegen hat die aktuelle [Studie](#) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) einen Nerv getroffen und erneut eine Debatte über Regelungen für den Zugang zum Arbeitsmarkt für [Ausländer](#) geweckt. Yves Leterme, stellvertretender Generalsekretär der OECD, ist davon überzeugt, dass der Fachkräftemangel nur durch eine konsequente Zuwanderungsstrategie behoben werden kann. "Der Wohlstand Deutschlands hängt wesentlich davon ab, ob es ihm gelingt, trotz seiner alternden Bevölkerung wettbewerbsfähig zu bleiben", so Leterme bei der Vorstellung der Studie am 5. Februar.



Arbeitsuchende auf Jobbörse in Peking.
Deutschland muss an seinem Image arbeiten.
Foto: picture alliance

Zunächst die gute Nachricht: Die OECD verweist in ihrer vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales mitfinanzierten [Studie](#) "Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte: Deutschland" darauf, dass die Zugangsregeln für Akademiker zu den liberalsten im gesamten OECD-Raum gehören. So wurde beispielsweise mit der [Blauen Karte EU](#) der Zugang von Akademikern aus Drittstaaten neu geregelt und wesentlich erleichtert. Auch ausländische Studenten, die ihren Abschluss in Deutschland gemacht haben, können seit 2012 wesentlich leichter hierbleiben. Zu finden sind diese Regelungen unter anderem in der so genannten [Beschäftigungsverordnung](#). Ein kurzer Blick darauf genügt, um zu erkennen, wie komplex die Materie ist. Das moniert auch Thomas Liebig, einer der Autoren der OECD-Studie. "Die Offenheit des gegenwärtigen Systems ist gut versteckt", sagt Liebig. "Das sollte man ändern, die Regelungen zusammenfassen und vereinfachen."

Die deutsche Bilanz gibt den Forschern jedenfalls zu denken: Die dauerhafte Arbeitsmigration fiel im internationalen Vergleich gering aus. Nur rund 25.000 Arbeitsmigranten aus Ländern außerhalb der EU und der Europäischen Freihandelszone kommen pro Jahr nach Deutschland. In Ländern wie Kanada, Australien, Dänemark oder dem Vereinigten Königreich sind es hingegen wesentlich mehr.

Was die Arbeitskräfte im Ausland hindert, zu kommen

Rechtsanwältin Bettina Offer, deren Kanzlei Unternehmen bei der Suche nach Arbeitskräften aus dem Ausland berät, sieht neben der Komplexität weitere Herausforderungen. Die Regelung können nicht immer problemlos umgesetzt werden: "Mit der Einführung der [Blauen Karte EU](#) sind viele Entscheidungsprozesse von den Arbeitsagenturen zur den Ausländerbehörden verlagert worden, ohne dass dies personell oder durch entsprechende Schulungen adäquat abgedeckt wurde." Nach ihren Erfahrungen verzögere sich die Erteilung der Blauen Karte oftmals sehr, weil die Sachbearbeiter überfordert seien. Die gelte insbesondere für die Beurteilung der Qualität ausländischer Berufsabschlüsse.

Im OECD-Bericht wird zudem auf sprachliche Barrieren verwiesen. Deshalb müssten verstärkt berufsvorbereitende und auch begleitende Sprachkurse angeboten werden. "Der deutschsprachige Raum ist für Zuwanderer nicht so attraktiv wie zum Beispiel der englischsprachige. Das liegt einfach an der Verbreitung der Sprache", meint Bettina Offer.

Laut Migrationsforscher Klaus J. Bade hat Deutschland zudem ein Image-Problem, an dem es zu arbeiten hat. "Die Deutschen müssen in Sachen Migration eine neue Denke entwickeln. Wenn Arbeitssuchende in ein deutsches Konsulat kommen, müsste man sie spüren lassen, daß man sich über ihr Interesse an Deutschland freut und gemeinsam nach Möglichkeiten für eine Einwanderung suchen ", fordert Bade. Mit Kampagnen wie "[Make it in Germany](#)" und ersten Pilotprojekten in Indien, Vietnam und Indonesien bemüht sich die Bundesregierung seit kurzem tatsächlich, ihr Image bei potentiellen Arbeitskräften aus dem Ausland [aufzupolieren](#).

Herausforderung für den Mittelstand

Nachholbedarf besteht der OECD-Studie zufolge darüber hinaus vor allem bei den Zuwanderungsregelungen von Arbeitskräften ohne Hochschul-Abschluss. Gerade in Bereichen wie der Elektroinstallation, der Alten- und Krankenpflege aber auch dem Schienenverkehr sei der Bedarf an qualifizierten Fachkräften besonders hoch.

Während viele große Unternehmen längst Arbeitskräfte im Ausland rekrutieren, wird diese Möglichkeit von klein- und mittelständischen Arbeitnehmern kaum in Betracht gezogen. Auch hier scheint der Verwaltungsaufwand abzuschrecken. Laut Studie zeigen mangelnde Transparenz und der Ruf des deutschen Zuwanderungssystems ihre Wirkung, das mit zahlreichen Anträgen als restriktiv und kompliziert gilt. Zum anderen fehle es den kleinen und mittelständischen Unternehmen oft an Kenntnissen und der Infrastruktur, um im Ausland nach Arbeitskräften zu suchen. Der OECD-Bericht empfiehlt deshalb weniger rechtliche Hürden, ein aktives Zugehen auf die Arbeitssuchenden und mehr Unterstützung für inländische Arbeitgeber.

Dem Migrationsforscher Klaus J. Bade geht das nicht weit genug. Um den Fachkräftemangel entgegenzuwirken, müssten nicht nur Drittstaatsangehörige ins Visier genommen werden, die als Arbeitskräfte unterwegs sind. "Wir müssen die Grenzen zwischen Flucht- und Arbeitsmigration fließender gestalten. An den EU-Außengrenzen bleiben ja auch viele qualifizierte Arbeitskräfte hängen", sagt Bade. Migration sei in aller Regel eine positive Auslese. "Auf den Weg machen sich nicht die Passiven, Ängstlichen und Risikoscheuen, sondern die Aktiven, Mutigen, Risikobereiten, mit ihren Lebens- und Arbeitsbedingungen Unzufriedenen." Nicht selten hätten sie berufliche Qualifikationen, die hier gesucht würden.